

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 433 22. April 2009

15. Jahrgang

Täter oder Mittäter?

Die Rolle des Unternehmenssektors im bewaffneten Konflikt

Während des Jahres 1980 radikalisierten sich die städtischen GewerkschafterInnen und wurden durch die staatlichen Sicherheitskräfte brutal niedergeschlagen. An den 1. Mai-Veranstaltungen jenes Jahres wurden 32 Gewerkschaftsmitglieder im Centenario-Park in der Hauptstadt entführt. Am 21. Juni verschwanden 27 Führungsmitglieder der *Nationalen Arbeitszentrale* (CNT) und am 24. August 17 weitere. Gemäss dem Bericht vom Projekt der *Wiedererlangung der historischen Erinnerung* (REMHI) des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHAG) wurden allein im Jahr 1980 110 GewerkschaftsführerInnen ermordet. Wer waren die Verantwortlichen für diese gewaltsamen Aktionen? In den letzten Wochen wurde anlässlich der Feierlichkeiten des 10. Jahrestages des Berichts der *Historischen Wahrheitskommission* (CEH) besonders die Schuld des Militärs und der Polizei hervorgehoben. Dabei wurde die Verwicklung des Privaten Unternehmenssektors ausser Acht gelassen. Doch bereits das REMHI-Projekt zeigt die Verantwortlichkeit vieler UnternehmerInnen. *Inforpress Centroamericana* beschäftigt sich im folgenden Artikel aus der Nr. 1794 mit diesem Thema.

In Guatemala sind die Namen derer, die während des internen bewaffneten Konflikts hohe Posten in der Regierung besetzten, bestens bekannt. Aber das allein reicht nicht aus für einen Rechtsprozess. Für einen solchen braucht es Beweise, die belegen, dass es eine Befehlskette gab, die befolgt wurde. Aus genau diesem Grund haben die beiden Archive, das des Militärs und das der Nationalpolizei, in letzter Zeit soviel Aufmerksamkeit auf sich gezogen, denn dank ihnen können solche Befehlsketten aufgezeigt werden.

Ein kleiner Teil des Inhalts des Polizeiarchivs wurde kürzlich öffentlich gemacht (siehe ¡Fijáte! 432). Die zuständige Institution, das Menschenrechtsprokurat (PDH), veröffentlichte einen Bericht, in dem unter anderem geschlussfolgert wird, dass das Militär die Polizei seiner Aufstandsbekämpfungsstrategie unterwarf und sie somit in eine repressive Institution der sozialen Kontrolle verwandelte.

In Bezug auf die Militärarchive besteht das Problem in der Undurchlässigkeit, die die Institution noch heute schützt. Die Justiz hat das Verteidigungsministerium aufgefordert, am 25. Februar vier Militärpläne offenzulegen, doch die Uniformierten haben diese Anordnung nicht erfüllt. Der amtierende Minister, Abraham Valenzuela, argumentierte, die Pläne seien unter der vorherigen Regierung zerstört worden. Daraufhin richtete Präsident Álvaro Colom eine Kommission ein, deren Aufgabe darin besteht, alle Militärarchive von 1954 bis 1996 zu deklassifizieren (siehe ¡Fijáte! 430). Einige AnalystInnen sind der Ansicht, dass nach der Schaffung dieser Instanz nichts mehr von der Sache zu hören sein wird.

Aber es gibt noch eine dritte Art von Aufzeichnungen, die das Tun und Lassen einer weiteren Gruppe von Leuten während des Konflikts dokumentieren. Es geht um die UnternehmerInnen; und die Archive, die sich mit ihnen beschäftigen, sind kein Geheimnis. Die Beteiligung des Privatsektors ist vor mehr als einem Jahrzehnt im REMHI-Bericht beschrieben worden.

"In den Monaten vor Mai 1980 organisierte der Unternehmensverband CACIF gemeinsam mit dem *Generalstab des*

Militärs (EMGE) mit einem Riesenaufwand den *Plan der tausend Tage*, eine gigantische antikommunistische Kampagne, deren Zweck es war, ein Klima zu schaffen, das die folgende Eskalation der brutalen Repression rechtfertigen sollte", beschreibt das REMHI-Projekt. Unter den Unternehmern, die diesen Plan mit erarbeiteten, fand sich der damalige Direktor der *Vereinigung der Geschäftsführer*, Francisco Pérez de Antón, der gleichzeitig als Präsident der *Gruppe Multiversiones* fungierte, die der Familie Gutiérrez Bosch gehörte.

Laut REMHI waren "der grösste Erfolg dieser Kollaboration die harten Schläge, die die *Front Luis Lima* der *Guerrilla-Armee der Armen* (EGP) erlitt, die sich an der Südküste etabliert hatte, in jener Zone, die für die exportorientierten Agrar-Unternehmen von besonderem Interesse war." Aber darüber hinaus war das Ergebnis des *Plans der tausend Tage* die "totale Zerlegung der legalen politischen Opposition, der Gewerkschaftsbewegung und anderer Initiativen der Volksbewegung".

Gegnerische Geschäftspartner

Während sieben Jahren, sowohl während der 90er Jahre als auch in der aktuellen Dekade, hat der britische Soziologe Roman Krznaric eine Art anthropologische Studie über die guatemalteckische Oligarchie erstellt. Er hat rund dreissig Mitglieder der traditionellen Elite interviewt, von denen viele weitgehend bekannt sind, und unterhielt sich mit ihnen über eine Vielzahl von Themen: Vom Land über die Sicherheit bis hin zur Politik. Aber in seinem noch nicht veröffentlichten Buch "Was die Reichen den Armen nicht erzählen", stellt Krznaric fest, dass nur sehr wenige UnternehmerInnen bereit waren, über die Verwicklung des Unternehmenssektors in den Krieg zu sprechen. Und wenn sie doch etwas sagten, tendierten sie dazu, die Rolle von Gruppen wie dem Unternehmensverband CACIF kleinzureden und eher die Rolle von individuellen UnternehmerInnen hervorzuheben.

Und obwohl der REMHI-Bericht klar zu verstehen gibt, dass es nicht verwunderlich ist, dass der CACIF und die Militärs Schulter an Schulter zusammengearbeitet haben, ist gleichzeitig augenfällig, dass zwischen ihnen eine ständige Spannung herrschte. So erläutert Mara Luz Polanco, Dozentin an der Wirtschaftsfakultät der *Universidad San Carlos*, dass der CACIF 1957 entstanden ist aus einer Reihe von paradoxen Erfordernissen: die UnternehmerInnen brauchten die Militärs, aber gleichzeitig mussten sie diese auch im Zaum halten. In einem Artikel mit dem Titel "Die Beteiligung der Wirtschaftselite im Transformationsprozess zur Demokratie", schreibt Polanco, dass der CACIF gerade deswegen gegründet wurde, um der wachsenden Macht des Militärs entgegenzuwirken, währenddessen die Oligarchie die Armee brauchte, um die Sektoren zu bekämpfen, die mit der gerade gestürzten revolutionären Regierung (von Jacobo Árbenz, die Red.) sympathisierten. "Es war offensichtlich, dass die Kriegspolitik, die gerade eingeführt wurde, nicht unbedingt mit den Bedürfnissen des nationalen Kapitals kompatibel sein würde", so die Akademikerin.

Diese Art von Bündnissen war für wahr ein Muster, das in vielen lateinamerikanischen Staaten wiederholt wurde. In einigen Ländern wie z. B. in Nicaragua, brach die Koalition zwischen Militärs und UnternehmerInnen auseinander. In Guatemala bestanden die Spannungen fort, endeten aber nie in einem völligen Bruch. Diesbezüglich erinnert das REMHI, dass gegen Ende der 70er Jahre die guatemaltekeische Guerilla, inspiriert von den nicaraguanischen Sandinisten, wieder auflebte und sowohl in der Stadt als auch auf dem Land Allianzen mit den dort geführten Kämpfen der Gesellschaft aufzubauen suchte. "Diese Situation brachte einen grossen Teil der Unternehmensführungen dazu, einen Pakt mit der Militärspitze in der Regierung zu schliessen, um die Volksbewegung zu zerschlagen, die als ein weiterer Arm der Aufstandsbewegung betrachtet wurde. Dieses Bündnis löste die schlimmste Repressionswelle gegen die Volksorganisationen in der Geschichte des Landes aus", so der Bericht.

Geld und Blut

Diese enge Zusammenarbeit, die immer konfliktreicher wurde, löste sich während der 80er Jahre dann doch auf. Es waren vor allem Wirtschaftsthemen, welche die Allianz zerrissen. Gewisse Militärsektoren und ihre Alliierten hatten sich wichtiger Geschäfte bemächtigt und stellten auf einmal eine Konkurrenz für die traditionellen Eliten dar. Ein besonders empfindliches Thema war die Steu-

erreform. Das Militär wollte, dass die UnternehmerInnen mehr zahlten, um die Aufstandsbekämpfung zu finanzieren, aber die Unternehmenskammern widersetzten sich.

Kann die ökonomische Elite sich von dem Vorwurf ihres Involviertsein in die Verletzung der Menschenrechte erlösen mit dem Argument, just in der blutigsten Epoche des Krieges mit den Militärs gebrochen zu haben?

Mindestens drei Studien, alle durchgeführt von AkademikerInnen, die Mitglieder der Wirtschaftselite interviewten, thematisieren die Beziehungen zwischen den beiden dominanten Gruppen während dieser Periode. Dabei kommen sie zu verschiedenen Schlüssen in Bezug auf die finanzielle Hilfe, welche die Unternehmen der Armee in jenen Jahren hat zukommen lassen.

So argumentiert die US-Amerikanerin Rachel McClery, Autorin einer Untersuchung des Selbstputsches des Präsidenten Jorge Serrano Elias im Jahr 1993 mit dem Titel *Die Demokratie anordnen: Die guatemaltekeischen Eliten und das Ende des bewaffneten Konflikts* (1999), dass der einzige Unternehmenssektor, der aktiv mit den Militärdiktaturen von Lucas García und Ríos Montt kooperiert habe, jener der Finqueros gewesen sei: "Auch wenn die nationale Ausweitung der staatlichen Gewalt notwendig war, um die Aufständischen zu bezwingen, war sie nicht integraler Bestandteil der wirtschaftlichen Interessen der industriellen und Handelseliten. Vielmehr diente die vom Staat ausgeübte Gewalt dazu, die Interessen der Agrarelite zu beschützen", meint McClery. Einige Finqueros, mit dem zivilen Kommandanten der Flugstreitkräfte-Reserve, Gustavo Anzueto Vielman an ihrer Spitze, stellten den Militärs ihre Flugzeuge und Hubschrauber zur Verfügung, um Verletzte zu evakuieren und Versorgungsgüter zu transportieren, aber die ökonomische Unterstützung des CACIF "wurde nicht verwirklicht". "Einzelne Unternehmer sammelten Gelder und halfen den Militärs, aber nicht im Rahmen einer organisierten Aktion", schreibt McClery.

Nichtsdestotrotz befindet Román Krznaric, dass die Kooperation zwischen beiden Sektoren möglicherweise viel umfangreicher und organisiert gewesen war. Doch im Moment der Untersuchung sprachen viele der von ihm interviewten Unternehmer wenn überhaupt, nur bei ausgeschaltetem Band über die Beteiligung ihres Sektors am Konflikt.

Einer der wenigen, die das Thema ansprechen, identifiziert als "jemand, der in wichtigen Posten von städtischen Unternehmensorganisationen tätig war", erzählt, dass es "zweifelloser

Agroindustrie-Sektor und Teile des Industriesektors waren, die am meisten zu verlieren hatten und die die Armee am stärksten unterstützt haben." Ausserdem fügt er hinzu, dass "der Privatsektor, der im CACIF organisiert ist, der wichtigste Sponsor des Militärs während des Krieges gewesen war".

Einen weiteren Standpunkt wird in dem Buch *Die Domänen der Macht: Der Scheideweg Steuern*, von den GuatemaltekerInnen Mayra Palencia und J. Fernando Valdez vertreten. Ihnen zufolge war es weniger so, dass eine grosse Gruppe von UnternehmerInnen nicht daran interessiert gewesen sei, die Repression offen zu unterstützen. Sie war vielmehr der Ansicht, dass sie mit den Geldern, die sie dem Staat mittels ihrer Steuern zahlten, genug dazu beitrugen. "Die unterschiedlichen Beweggründe, die hinter den jeweiligen Argumenten der Beteiligten standen, war offensichtlich: Auf der einen Seite forderte eine Regierung, die sich leiten liess von der Aufstandsbekämpfungslogik, ausserordentliche Opfer von ihren grössten Beitragszahlenden, und sie begündete diese Forderung letztlich damit, deren Interessen (und Besitz) zu verteidigen. Und auf der anderen Seite die UnternehmerInnen, die Ergebnisse forderten für das Geld, das sie bereits entweder per Steuern oder via Direktzahlung – der so genannten "Kriegssteuer" an die Guerilla – beigetragen hatten.

Möglicherweise ist der beste Beweis für die Komplizenschaft zwischen den wirtschaftlichen und militärischen Mächten, die von Marta Elena Casaús Arzú in einem 1993 erschienenen Buch

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

erwähnte Tatsache: Beide Gruppen teilen sich selbst in den härtesten Zeiten des Krieges Posten in der Staatsverwaltung. "Während der letzten Jahrzehnte", schreibt sie, "in denen die traditionellen Mächte auf den Autoritarismus und die Aufstandsbekämpfung setzten, delegierten sie bestimmte politische Aufgaben an Militärs, reservierten sich aber zugleich zwei oder drei Schlüsselministerien, wie das der Landwirtschaft, Wirtschaft und Finanzen und in manchen Momenten das Aussenministerium. Namen wie Arenales Catalán, García Granados, Ibarra Ibarquien und Díaz Durán gehören zu den Familiennetzwerken."

Wie verantwortlich sind sie?

Die Koautorin von "Die Domänen der Macht", Mayra Palencia, ist der Ansicht, dass die UnternehmerInnen bis zu einem gewissen Punkt auf jeden Fall verantwortlich sind für all das während des Krieges geschehene Leid. "In diesem Land wussten hauptsächlich zwei Sektoren ganz genau, was während des Konfliktes passierte: der Privatsektor und das Militär. Und auch wenn man nicht sagen kann, dass dem Privatsektor die gleiche Verantwortung für all das Blut anzulasten ist wie den Streitkräften,

muss doch gesagt werden, dass keinE einzigeR UnternehmerIn seinen/ihren Mund aufgemacht hat gegen die vom Militär begangenen Grausamkeiten."

In "Was die Reichen den Armen nicht erzählen", erklärt der erwähnte anonyme Unternehmer, dass die Eliten aus einem einfachen Grund nicht protestierten: "Der Unternehmenssektor machte sich um seine ökonomische Position Sorgen. (...) In Wirklichkeit war die Guerilla ein Angriff gegen die UnternehmerInnen – der Agrarwirtschaft wie der Industrie. Die Rolle des Unternehmenssektors war ganz klar: totale Unterstützung für das Militär."

Da sie diese "totale Unterstützung" gegeben haben, folgert Krznaric nach all seinen Interviews, dass viele UnternehmerInnen, genauso wie viele Militärs vor Gericht gestellt gehörten. "Warum sollte man nicht von ihnen fordern, dass sie sich für ihre Taten verantworten?" Gemäss dem britischen Autor ist es an der Zeit, dass AktivistInnen, AnwältInnen und internationale Organisationen die Verwicklung der Oligarchie in den Krieg ernster nehmen.

Auch weist er darauf hin, dass es weitreichende Gerüchte gebe über die Finanzierung von Todesschwadronen

durch UnternehmerInnen, räumt aber ein, dass es dafür wenige Beweise gebe. Krznaric nennt als Beispiel aus dem Bericht der Wahrheitskommission (CEH) den Fall der Zuckerfabrik Pantaleón, im Besitz der Familie Herrera. Während der 70er und 80er Jahre wurden die GewerkschafterInnen dieser Zuckerrohrpflanzung systematisch getötet. Die Gewerkschaften haben ausserordentlich lange ausgeharrt, so die CEH, aber Mitte der 80er, erschöpft durch den Terror, optierten sie dafür sich aufzulösen.

Ein weiteres Beispiel ist das von Panzós, Alta Verapaz, wo das Militär 1978 53 Menschen massakrierte. Die Opfer waren BäuerInnen, die das Land einforderten, welches ihnen durch die Agrarreform von Präsident Árbenz übergeben worden war und das während der Konterrevolution den Grossgrundbesitzenden wiedergegeben wurde. Gemäss der CEH "veranschaulicht dieser Fall den Einfluss, den der Sektor der LandeigentümerInnen auf den Staatsapparat ausübte, damit dieser zu ihren Gunsten die Konflikte über Landbesitz entscheide, in dem die bewaffnete Gewalt gegen arme BäuerInnen eingesetzt wurde und das Militär in die Landproblematik hineingezogen wurde."

Guatemala und die Gewalt - auf ewig miteinander verbunden?

Informations- und Koordinationstreffen der

Guatemala-Solidarität: 15. - 17. Mai 2009 in Stuttgart

Präsidenten und Regierungen wechseln sich in Guatemala ab, aber eins scheint sich nicht zu verändern: Die überall präsenste Gewalt in Stadt und Land in ihren verschiedensten Formen. Mitglieder von sozialen Organisationen, von Menschenrechtsgruppen oder von Umweltorganisationen sind massiven Bedrohungen und Verfolgungen ausgesetzt, aber auch die allgemeine Kriminalität prägt den Alltag der Menschen in Guatemala. Beim diesjährigen Jahrestreffen stehen zahlreiche Fragen dazu im Raum: Welche Veränderungen hat es seit dem Friedensabkommen 1996 zwischen der Regierung und der Guerilla gegeben? Welchen Gewaltformen von Seiten staatlicher Institutionen, durch Privatpersonen (GrossgrundbesitzerInnen/ DrogenhändlerInnen / Vieh- und HolzhändlerInnen) und Unternehmen (Minenunternehmen / Internationale Konzerne) sind Mensch und Natur in Guatemala ausgesetzt?

Welche Strategien werden in Guatemala gegen die Gewalt entwickelt? Welche Rolle spielen institutionelle Organisationen wie Kirche und Staat, Menschenrechtsorganisationen und soziale Gruppen und Organisation sowie die internationale Zusammenarbeit bei dem Versuch, die Gewalt zu überwinden? Wie wichtig sind die Aufarbeitung durch die Wahrheitskommission und die forensische Arbeit?

Hintergründe zur bestehenden Gewalt und Ursachen, die zu neuen Gewaltformen führen, sollen beleuchtet werden.

ReferentInnen aus Guatemala: Nidia Verally Galdámez, Vorsitzende der *Lutherischen Kirche Guatemalas* ILUGUA und Vorstandsmitglied des *Komitees zum Erhalt des Gebirgsmassivs der Granadillas in Zacapa / Madre Selva* und José Pilar Cabrera, Pfarrer und Koordinator der *Lutherischen Kirche Guatemalas* ILUGUA

Veranstaltungsort: *Brot für die Welt*, Stafflenbergstr. 76, 70184 Stuttgart

Die VeranstalterInnen – *Ökumenische Initiative Mittelamerika e.V.* mit Unterstützung von FIAN, *Brot für die Welt* und der *Guatemalagruppe Nürnberg* – laden herzlich ein!

Anmeldungen bitte per Mail oder Brief bis zum 5. Mai 2009 an Ralf Häußler: ralf.haeussler@web.de

Friedrichshafenerstr. 58 / 89079 Ulm / Tel.: 0731 - 481567

Um Überweisung des Teilnahmebeitrags von 40 - 70 • (nach Selbsteinschätzung) bis zum 5. Mai 2008 auf folgendes Konto wird gebeten: *Ökumenische Initiative Mittelamerika e.V.* // Stichwort: Guatemala 2009

Evangelische Kreditgenossenschaft // BLZ 600 606 06 // Kto.Nr. 415189

Weiteres unter www.guatemala.de und www.ini-ecumenica.org > Guatemala

Wieder einmal neue Pläne in Sachen Sicherheit!

Guatemala, 16. April. Der Präsident der Republik, jener der Legislative und der stellvertretende des Obersten Gerichtshofs (CSJ) sowie der Generalstaatsanwalt unterzeichneten letzte Woche die "Nationale Vereinbarung für den Fortschritt von Sicherheit und Justiz". In Begleitung des Erzbischofs von Guatemala sowie VertreterInnen der Evangelikalen Allianz, des Menschenrechtsprokurats (PDH) und der Universität San Carlos verpflichteten sich die Funktionäre zur Umsetzung von 101 Aktionen zu Gunsten der öffentlichen Sicherheit und des Justizwesens. Diese Gremien hatten im Vorfeld einen entsprechenden Vorschlag eingereicht, den die Exekutive ausgearbeitet hat. Geplant war diese Vereinbarung bereits im letzten Jahr. Nun werden die genannten zivilgesellschaftlichen Instanzen gemeinsam mit den Präsidenten der drei Staatsorgane, der Staatsanwaltschaft und den Fraktionen des Kongresses in einem Prüfausschuss die Erfüllung des Plans begleiten.

Dieser umfasst die Schaffung eines Ministeriums für öffentliche Sicherheit, um die operative von der administrativen Arbeit des Innenministeriums zu trennen. Weiter die institutionelle Stärkung der Zivilen Nationalpolizei (PNC) sowie die Einführung der Berufsaus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen.

Im legalen Kontext stehen mindestens zwölf neue Gesetze und Reformen rund um das Gesetz des Rechtsschutzes bzw. *Habeas Data*, des Strafgesetzbuchs sowie der Strafprozessordnung an. Im Justizbereich beinhaltet die Vereinbarung, auch das Gesetz der juristischen Berufsausbildung zu reformieren, um das Disziplinarsystem gegen RichterInnen, AnwältInnen und sonstige Justizangestellte zu stärken. Ausserdem sollen Gerichte mit erweiterter Kompetenz eröffnet werden, um speziell Schwerstverbrechen zu behandeln.

Neben dem Überprüfungs-ausschuss soll es einen Rundtisch mit der Zivilbevölkerung und eine Koordination mit der Internationalen Gemeinschaft geben, um die Beständigkeit des weltläufig als "Roadmap" genannten Dokuments zu garantieren und innerhalb der nächsten 45 Tage ein Chronogramm mit Indikatoren zu erarbeiten, die den Fortschritt messbar machen sollen.

Bei der Präsentation der Vereinbarung griff Präsident Colom auf seine Erklärung zurück, die Unsicherheit sei aus der sozialen und geplanten Gewalt hervorgegangen. Diese gehe zurück auf die Administrationen der zwei vorherigen Regierungen und zeige sich jetzt in der "Industrie des Mordens". Demgegenüber insistierte er auf die unbedingte Unterstützung der *Internationalen Kom-*

mission gegen die Strafflosigkeit in Guatemala (CICIG) und die Stärkung der Koordination zwischen den drei Staatsorganismen.

Während StaatsfunktionärInnen sich optimistisch zeigten, äusserte Menschenrechtsprokurator Sergio Morales im Namen der Begleitgruppe seine Unzufriedenheit hinsichtlich einiger Aspekte. Er wies darauf hin, dass die Justiz auf dem Holzweg sei, solange die Unabhängigkeit in der Funktionsausübung der RichterInnen und AnwältInnen nicht gewährleistet sei. Zudem empfahl er, den Wahl- und Ernennungsprozess der RichterInnen am Obersten Gerichtshof und am Berufungsgericht zu reformieren.

Das diplomatische Corps versicherte der Regierung seine Unterstützung für den Plan. Derweil tönnte die Antwort aus der Zivilgesellschaft verhalten. Schliesslich war ihr, sowie generell der Öffentlichkeit, inklusive Unternehmertum und Kongress, der Entwurf der Vereinbarung nur wenige Tage vor dessen Unterzeichnung präsentiert worden, ohne dass sie in seine Abstimmung einbezogen worden waren.

So fragte im Vorfeld Helen Mack von der *Myrna-Mack-Stiftung*, was denn die Erfüllung neuer Gesetze gewährleisten würde, wenn noch nicht einmal die bestehenden beachtet würden. Inzwischen meint sie jedoch, dass die Vereinbarung zu unterstützen sei und die nötigen Ressourcen aufgebracht werden müssten, damit die Verpflichtungen auch erfüllt würden. Dagegen hält der Analyst Héctor Rosada, der mit am Verhandlungstisch der Friedensverträge sass, seine Skepsis nicht zurück. Ihm erscheinen die Vereinbarungen schlicht wie ein wortreicher Brief, der in einem einzigen Dokument "die Summe all unserer Ängste" vereinige, wobei nicht klar daraus hervorgehe, welche Prioritäten verfolgt werden, welche Brauchbarkeit sie zeitigen, welche Ressourcen nötig sind und wie sie miteinander zusammenhängen. "Ich will zu verstehen geben, dass die Tatsache, aufzuzeigen, was uns Sorgen macht, nicht immer eine strategische Vision ermöglicht von dem, was wirklich wichtig ist und was wir tatsächlich lösen könnten", so der Analyst.

Auch die politische Opposition, allen voran die *Patriotische Partei*, stellt die Durchführbarkeit der Vereinbarungen in Frage. Entsprechend versichert Fraktionschefin Roxana Baldetti: "Wir werden alle 30 Tage die Fortschritte überprüfen, auch wenn ich nicht glaube, dass es viele geben wird."

Die Nationale Vereinbarung ist nun der zweite Schritt in Sachen Sicherheit, ist doch das Waffen- und Munitionsgesetz tatsächlich inzwischen verabschiedet (siehe ¡Fijáte! 431). Jetzt muss es Prä-

sident Colom noch billigen. Damit ist dann gesetzlich verankert, dass jede Person mit Lizenz bis zu drei Waffen besitzen kann, für jede davon 250 Schuss Munition, maximal 750 im Monat erwerben darf, die Strafen wegen Verstosses verschärft werden und die Kontrolle über die Waffen – entgegen der Friedensverträge – zeitweilig noch dem Verteidigungsministerium obliegt. Die dafür geschaffene Instanz, die *Generaldirektion zur Kontrolle von Waffen und Munition* (DIGECAM) soll innerhalb der nächsten zwei Jahre aber doch ans Innenministerium übertragen werden. Trotz zwischenzeitlicher Umstimmung bleibt derweil der Absatz stehen, dass alle RegierungsfunktionärInnen höheren Ranges sowie die Ehemaligen auf diesen Posten lediglich mit dem Vorzeigen ihrer entsprechenden Dokumente auch ohne Lizenz sich sovieler Waffen beschaffen können, wie sie wollen. Es ist unklar, ob das Gesetz diesbezüglich rückwirkend gültig ist, deshalb kündigten die KritikerInnen bereits an, einfach nach dessen Inkrafttreten einen entsprechenden Reformantrag zu stellen.

Indes bietet das Thema Sicherheit noch mehr Raum für Skepsis - und Polemik. Voller Zufriedenheit präsentierte Innenminister Salvador Gándara kürzlich den verhafteten 21-jährigen Axel Danilo Ramírez Espinoza alias "El Smiley" – nur in Unterhosen und Schuhen – der Öffentlichkeit, den Jugendbandenführer, der laut Gándara ganz allein für die Unsicherheit und vor allem die Mordserie an den Busfahrern verantwortlich ist (siehe ¡Fijáte! 432). Von der zuständigen Richterin wurden jedoch wegen diverser anderer Verbrechen Anklage gegen "El Smiley" erhoben, darunter illegaler Waffen- und Sprengstoffbesitz und illegale Vereinigung, doch wegen des Mordes an Busfahrern liegen keine Beweise vor.

Und schliesslich wurde jetzt von der Exekutive eine neue Massnahme verkündet: Ab sofort darf auf einem Motorrad nur noch eine Person fahren! Grund dafür ist die Beobachtung, dass viele bewaffnete Überfälle und Morde an Busfahrern und anderen AutofahrerInnen von den Copiloten auf Motorrädern verübt würden. Dass viele Familien, die sich kein Auto leisten können, das Motorrad als Familiengefährte für Wege zur Arbeit, zum Einkaufen und zur Schule der Kinder nutzen und nun ihrer Mobilität beraubt sind, derweil diejenigen, die auf der Strasse einen bewaffneten Angriff planen, auch andere Mittel und Wege finden, diesen auszuführen, sind einmal mehr Aspekte, auf die die Betroffenen die tatenfreudige Regierung aufmerksam zu machen hat.

Ramiro Choc verurteilt

Guatemala, 30. März. Die Strafgerichtsinstanz in Izabal verurteilte am 26. März diesen Jahres Ramiro Choc zu acht Jahren Gefängnis ohne Bewährung. Mehr als ein Jahr nach seiner Festnahme wird der BäuerInnenaktivist nun verantwortlich gemacht für schweren Raub am Staat. Mitte Februar 2008 hatte Choc, auch Führungsmitglied der Nationalen Koordinationsstelle der Bäuerlichen Organisationen (CNOC), gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung gegen das fehlende Interesse der Regierung an der bestehenden lokalen Landproblematik protestiert. Laut der ZeugInnen seiner Verhaftung sei diese illegal, weil sie ohne Beweisgrundlage vonstatten gegangen sei. Vielmehr sei sie auf eine Anzeige eines Grossgrundbesitzers zurückzuführen, mit dem es einen Streit um die Legalisierung einer Finca in Livingston gibt. Schon länger gilt Choc als Anstifter für Landbesetzungen in Schutzgebieten und Fincas in den Departementen Izabal und Alta Verapaz.

Seit Februar nun forderten die lokalen BäuerInnen – unterstützt von internationalen Eilaktionen – Chocs Freilassung und hatten diesbezüglich selbst mit der Geiselnahme von zunächst einer Gruppe von PolizistInnen und schliesslich von vier belgischen TouristInnen, die mit grossem Gewaltaufmarsch von Seiten der Streitkräfte aufgelöst wurde, keinen Erfolg (siehe ¡Fijáte! 406).

Bei der Urteilsverkündung erklärten die Richter, die Staatsanwaltschaft habe nicht ausreichende Beweise geliefert, um auch die Verantwortlichkeit von Choc wegen der ihm zunächst vorgeworfenen schweren widerrechtlichen Aneignung und illegalen Festnahme nachzuweisen. Chocs Anwalt, Sergio Beltetón, kündigte an, Einspruch gegen das Urteil zu erheben, denn es sei nicht verbürgt, dass die vermeintlich gestohlenen Waffen überhaupt in den Deklarationen der PolizistInnen genannt werden, zudem widersprächen diese sich in ihren Zeugnisauaussagen.

Während der Urteilsverkündung demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude rund 300 BäuerInnen mit roten Tüchern und Kappen mit dem Emblem des *Komitees der BäuerInnenheit* (CUC) und Plakaten für Chocs Freilassung.

"Ich bin politischer Häftling, sie haben mich verurteilt, weil ich Indígena bin", meinte Choc beim Verlassen des Gerichtes.

Im ganzen Tumult der Nachrichten Ende März war die Notiz über Chocs Verurteilung eine kleine am Rande. Zwar wurde sie in manchen Kommentaren als beispielhaft erwähnt, doch nur die Antropologin Irmalicia Velásquez Nimatuj

setzte sie in einen ausführlicheren Kontext. Sie schreibt in der Tageszeitung *el Periódico* folgendes:

"Ich verstehe nicht, wie der Staat heutzutage angesichts der verfügbaren Informationen von wissenschaftlichen Studien bis hin zu Luftaufnahmen, die den Landraub und die historischen wie aktuellen Übergriffe gegen das Volk der Q'eqchi' dokumentieren, in die Unverantwortlichkeit abrutschen kann, Ramiro Choc zu beschuldigen, 26 Gemeinden anzuführen, um Land zurückzufordern, das ihnen gehört. Es scheint, dass der Blick derer, die das Land verwalten, blind ist und es ihnen verbietet zu verstehen, dass die Gemeinden, mit oder ohne Ramiro, nicht von ihren Forderungen abkommen werden. Seit ich Ramiro kennengelernt habe, habe ich die dicke Akte seines Falls durchgeschaut und festgestellt, dass hinter seiner Lebens- und Kampfesgeschichte zugunsten der Landgerechtigkeit, ganz klar die wesentlichen Unterdrückungsmechanismen zu erkennen sind, die das Leben der Indígenas gezeichnet haben. Chocs Haltung ist nicht so aussergewöhnlich, wie es die LandbesitzerInnen, die ihn bezichtigen, darstellen, unterstützt von einigen Umweltschutzorganisationen, die starke wirtschaftliche Interessen in der Gegend vertreten und sich an den Forderungen der BäuerInnen stören.

Interessant ist, dass die Presse die

Anschuldigungen ohne irgendeine Prüfung übernommen hat, beispielsweise, dass Ramiro ein Dutzend Bodyguards habe, dass er moderne Waffen besitze, dass er Fincas besetze und später verkaufe. Dass er ein Klima von Terror und Anarchie verbreite, denn 'er betrüge die BäuerInnen, indem er ihnen sagt, dass das Land aufgrund der historischen Vorgeschichte ihnen gehöre'.

Dieses letzte ist ein eindeutig rassistisches und überholtes Argument, das ausblendet, dass es die BäuerInnen als Familien oder Gemeinden sind, die ihre Ländereien und die Vertreibungen, die sie erlebt haben, am besten kennen und niemanden brauchen, der sie wie eine Schafherde hereinlegt und zum Schlachter führt. Es ist das gleiche Argument, dass in den 70er und 80er Jahren im kalten Krieg genutzt wurde, als dem Kommunismus unterstellt wurde, den Verstand der BäuerInnen zu vergiften und der verantwortlich gemacht wurde für die Massaker und den Völkermord, um die Taten des Militärs und des Staates zu rechtfertigen. Diejenigen, die dieses hinfällige Argument anführen, merken nicht, dass die BäuerInnen noch nicht einmal den ersten Band von Marx' Kapital zu lesen brauchen, denn sie leben die Umstände der extremen Ausbeutung Tag für Tag, die sie von ihren Eltern geerbt haben und die sie, wenn sie nicht handeln, an ihre Kinder weitervererben".

Kein Recht auf Verhütung

Guatemala, 15. April. Vor gut 3 Jahren, im Mai 2006, wurde das Gesetz zum Universalen und gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung im Kongress verabschiedet. Dieses sah vor, dass innerhalb von 60 Tagen die Exekutive ein entsprechendes Reglement aufsetzt und unter anderem eine Nationale Kommission zum sicheren Zugang zu Verhütungsmitteln gegründet wird (siehe ¡Fijáte! 359). Nichts davon ist bislang geschehen.

Waren im Vorfeld der Gesetzesbilligung die Diskussionswogen zwischen Frauenorganisationen, den Kirchen und der Politik ohnehin hochgeschlagen, wurde die Debatte anschliessend von den GegnerInnen auf die Schreibtische des Verfassungsgerichts verlegt. Drei Einsprüche sind seitdem eingereicht, derzeit hängt der letzte wegen Verfassungswidrigkeit: Das Gesetz verstosse gegen die Religionsfreiheit.

Solange jedoch der Einspruch nicht vom Tisch ist, kann das Reglement nicht erarbeitet werden. Und ohne Reglement

kann zur Umsetzung des Gesetzes kein Etat zugeteilt werden, mittels dem dann eine nationale Politik zur Reproduktionsgesundheit eingeführt und der Zugang zu den verschiedenen Verhütungsmethoden garantiert werden können.

Entsprechend kritisiert Evelyn Morales von der Frauenvereinigung *Tierra Viva*, das Fehlen des Reglements verstosse gegen die Menschenrechte, im Besonderen gegen das Recht der Frauen auf Zugang zu Gesundheit und Bildung. Statt dieses zu gewährleisten habe der Staat das Thema aufgrund von implizierten Moralvorstellungen vielmehr in eine gesellschaftliche Kontroverse verwandelt.

Dabei sei bekannt, dass im Land jährlich rund 65'000 Abtreibungen unter riskanten Bedingungen durchgeführt werden, ohne dass man wisse, ob es sich dabei um Fälle von Vergewaltigung handelt; oftmals, so ist sich die Aktivistin gewiss, sind sie auf jeden Fall das Ergebnis der nicht zugestandenen Autonomie der Frauen.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Wenn ich ein Oligarch wäre

Wenn ich ein Oligarch wäre, würde ich darauf achten, einen Kongress zu meinen Diensten zu haben, der aus lauter korrupten Abgeordneten besteht, je unpräzentabler sie sind, desto besser. Natürlich würde ich schauen, dass es ein paar Typen darunter hätte, die ihr Gesicht bewahren können, genau so viele wie es braucht, damit die Leute sich an die Scham und Impotenz gewöhnen, "Landesväter" zu haben, von denen sie nichts erwarten können, und sich gezwungen sehen, dies zu akzeptieren, denn: dies ist eine Demokratie. Ein Kongress selbstverständlich, der zugunsten meiner Klasseninteressen entscheidet (die nichts mit den Interessen der Nation zu tun haben): Meine Interessen bezüglich der Naturressourcen, meiner Steuererleichterungen, meiner Strategien für die soziale Kontrolle ... Im Gegenzug würde ich den Abgeordneten erlauben, ihre krummen Geschäfte zu betreiben, würde ihnen Gesetzesaufschübe gewähren, zum Beispiel in Sachen Waffenbesitz, und hätte sie so in der Hand.

Ich würde eine amoralische politische Klasse fördern, kurzfristig denkende Parteien, denen jedes Gefühl für ein nationales Projekt abgeht, die "wegwerfbar" sind und immer dazu bereit, eine sündhafte Transaktion zu begehen.

Mit den Streitkräften würde ich ihre immensen Privilegien aushandeln (ihren Teil des Budgets, ihre Straflosigkeit für Kriegsverbrechen und für illegale Geschäfte). Im Gegenzug müssten sie bei der Durchsetzung unserer Klasseninteressen kollaborieren und unsere sozialen Kontrollmechanismen mittragen.

Die Armee und ich würden nicht erlauben, dass die Öffnung der Militär- oder Polizeiarhive unser Tarnsystem von Straflosigkeit tangieren, welche unser politisches Projekt garantieren - dafür würden wir sogar die Frau des Menschenrechtprokurators entführen und foltern.

Es ginge darum, das Justizwesen

so korrupt und ineffizient wie möglich zugunsten der Völkermörder, der Diebe am Volksvermögen und der Komplizen des organisierten Verbrechens zu gestalten. Ich würde von den Richtern erwarten, dass sie mit oder ohne Recht die Gesetze wortgetreu anwenden gegen Bauernführer wie Ramiro Choc, gegen VerteidigerInnen der Naturressourcen oder gegen alle jene, welche die kontrollierte Straflosigkeit, das exklusive Gut unserer Klasse, gefährden.

Ich würde tolerieren, dass der Präsident der Republik eine Sprache und Gesten wählt, die meine kolonialen, liberalen oder aus der Zeit des kalten Krieges stammenden Vorfahren nie ertragen hätten (wie z. B. einem alten Indio die Hand zu küssen und sich zu seinem Schüler zu erklären; oder zuzugeben, dass es Genozid gab; oder zu versprechen, dass die Militärarchive für die Öffentlichkeit geöffnet werden; oder VertreterInnen der Linken in die Regierung aufzunehmen ...). Der Präsident kann machen und sagen, was er will, solange er vollzeit für uns, die Besitzer des Landes, arbeitet.

Wenn ich ein Oligarch wäre, würde ich zur Entwürdigung der Institutionen beitragen und diese über die Massenmedien verbreiten. Damit würde die Privatisierung des öffentlichen Dienstes begünstigt: Kommunikation, Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Wohnungsbau ...

Ich würde die Massenmedien, die Jugendbanden, die staatlichen Sicherheitskräfte, die illegalen Körperschaften und klandestinen Apparate aktivieren, um die Angst der Bevölkerung aufrechtzuerhalten (Frauenmorde, tägliche Verbrechen in den öffentlichen Transportmitteln, Gerüchte, die Panik provozieren etc.); ich würde alles daran setzen, dass das Innenministerium und speziell die Zivile Nationalpolizei an Glaubwürdigkeit verlieren.

Ich würde die Anarchie in den In-

stitutionen stimulieren mit dem Ziel, Panik in der Gesellschaft zu provozieren und aufrechtzuerhalten, aber ich würde darauf achten, dass der Kongress mit griffigen Gesetzen diejenigen Delikte bestraft, die aus "finanzieller Panik" begangen werden.

Wenn ich Oligarch wäre, würde ich die nationalen Nachrichten kontrollieren, die an die Bevölkerung gelangen: Ich würde dafür sorgen, dass die Menschen durch die Angst, die Entsolidarisierung, die politische Frustration, die Verzweiflung und den Fatalismus demobilisiert würden. Ich würde erotische Ersatzbefriedigungen in Form von Bildern fördern, die Gewalt verharmlosen, und zwar insofern, dass diese nie gegen eine bestimmte Klasse oder ethnische Gruppe gerichtet erscheint und auch nicht den Anschein macht, dass ihre Ursache in der Rache oder in der Suche nach Gerechtigkeit für Kriegsverbrechen liegt.

Ich würde die Interessen und die Bevorteilung der transnationalen Unternehmen decken und die kommunalen Kämpfe um die Naturressourcen kriminalisieren; alle Nachrichten über Volksabstimmungen auf Gemeindeebene gegen die Megaprojekte würde ich manipulieren oder zensieren.

Ich würde darauf achten, dass alle internationalen Informationen, welche die USA und den neoliberalen Kapitalismus betreffen, einen positiven Touch haben. Antiimperialistische Projekte wie jenes von Kuba oder solche, wie sie aktuell auf dem Kontinent mehrfach im Entstehen begriffen sind, würde ich lächerlich machen.

Und ich würde deutlich machen, dass weder wir noch die bewaffneten Streitkräfte zulassen, dass in Guatemala eine linke Regierung an die Macht käme, so wie das jüngst in El Salvador der Fall war - auch wenn wir dafür ein paar harte Schläge in Kauf nehmen müssten.

Wäre ich ein Oligarch, wäre dieses gescheiterte Guatemala mein Paradies.